

aufbauen müssen. Darüber hinaus habe ich die Hoffnung, dass der Bericht einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion leisten kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Lehmann.

**Frau Lehmann (SPD):\***

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Integrationspolitik braucht verlässliche differenzierte Daten, Fakten und Informationen. Sie geben der Politik Auskunft darüber, ob und in welcher Weise sich die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund vollzieht und in welchen Bereichen es Defizite und Handlungsbedarf gibt. Zahlen, Daten, Fakten können zudem mehr Transparenz in die Debatte bringen und somit helfen, die Diskussion um und über Flüchtlinge zu versachlichen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es richtig, bereits 2014 im Integrationskonzept darauf abzustellen und die Landesregierung zu bitten, uns jährlich eine Zusammenstellung der Daten und Fakten zu Migration und Integration im Land Brandenburg bereitzustellen.

Vor dem Hintergrund der angespannten Flüchtlingssituation hat der Landtag im November 2015 die Landesregierung mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, diesen Bericht im Jahre 2016 so früh wie möglich dem Landtag zuzuleiten. Heute nun liegt er uns vor; es ist ein mit vielen Informationen gespicktes Material. Er gibt uns Auskunft, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in Brandenburg leben, stellt dabei auf ausländische Bevölkerung, Flüchtlinge und Asylsuchende ab.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen sind ein weiteres Kapitel dieses Berichts. Er liefert Informationen zum Qualifizierungs- und Bildungsstand und geht in einem weiteren Schwerpunkt auf die Arbeitsmarktsituation ein. Aber auch die Situation in puncto Unterbringung wird beleuchtet. Wie sieht es konkret in Gemeinschaftsunterkünften, in Wohnungsverbänden und Notunterkünften aus? All diese Informationen sind kreisscharf ermittelt und auch auf die kreisfreien Städte heruntergebrochen.

In Brandenburg lebten im Jahr 2015 88 000 Ausländerinnen und Ausländer. Damit beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 3 %. Insgesamt leben rund 130 000 Menschen mit Migrationshintergrund in Brandenburg. Das sind 5 % der Bevölkerung. 5 %, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hier von Überfremdung spricht bzw. behauptet, die Altparteien schafften Deutschland ab, ist entweder von allen guten Geistern verlassen oder beherrscht die Prozentrechnung nicht und ignoriert gesellschaftliche Zusammenhänge.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Oder aber er schürt bewusst Ängste und benutzt Menschen, um politisch zu profitieren. Letzteres ist besonders fies. Aber echt perfide wird es dann, wenn Politiker den Flüchtlingsstrom und

das Angstgefühl der Menschen als Glücksfall bezeichnen. Richtig ist vielmehr, dass das Land Brandenburg wie die gesamte Bundesrepublik 2015 einen Flüchtlingszustrom von historischem Ausmaß erlebte, der uns alle vor große Herausforderungen stellte und nach wie vor stellt. Allein das Land Brandenburg hat im vergangenen Jahr 28 000 Asylsuchende aufgenommen, viermal mehr als im Jahr 2014. Das ändert aber nichts an der Feststellung, dass nur 5 % der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund haben.

Der vorliegende Bericht zeigt aber auch: Unser Ansatz der Integration ist richtig, und sie ist leistbar. Das System ist keineswegs überfordert.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Im Kita-Bereich liegt der Anteil der Migrationskinder bei knapp 6 % und im Schulbereich bei nur 4 %.

Die Daten und Fakten zeigen aber auch, dass es sinnvoll ist, den Flüchtlingszustrom mit der Fachkräftesicherung und der Integration in den Arbeitsmarkt zu verbinden. Es kommen unter anderem junge und arbeitswillige Menschen zu uns. Die Hälfte der Flüchtlinge und Asylsuchenden ist unter 35 Jahre alt. 39 % aller Flüchtlinge kommen aus nicht sicheren Herkunftsländern und haben damit eine gute Bleibeperspektive.

Natürlich wäre die Diskussion an dieser Stelle entkrampfter und verständlicher, könnten wir die Fachkräftesicherung über ein Einwanderungsgesetz steuern. Dieser Diskussion haben sich die Konservativen in Deutschland jahrelang verweigert. Heute macht es uns die Diskussion sehr viel schwerer.

Der Bericht zeigt aber auch auf, wo wir verstärkt ansetzen müssen. Die Integration in Wohnungen bleibt prioritär, und vor allen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir verstärkt die Frauen aus den Nischen holen; da verharren sie derzeit noch. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Richstein.

**Frau Richstein (CDU):\***

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da Sie, Frau Ministerin Golze, zu Beginn Ihrer Ausführungen noch einmal auf die Stimmungslage im letzten Jahr eingegangen sind, möchte ich das auch kurz tun. Ich bin sehr froh, dass die Hysterie, die wir teilweise im letzten Jahr hatten, nicht angehalten hat. Im Gegenteil, man ist zu einer neuen Sachlichkeit gelangt.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch einen aktuellen Anlass ansprechen. In der letzten Woche - am 02.06. - ist einer von drei mutmaßlichen IS-Terroristen in der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Bliesdorf festgenommen worden.

(Beifall CDU - Königer [AfD]: Wie ist der denn nach Brandenburg gekommen?)

Wir möchten den Einsatzkräften für ihr weitsichtiges und gezieltes Handeln den größten Respekt aussprechen. Gleichzeitig schließen wir uns dem Standpunkt des Chefs der Deutschen Polizeigewerkschaft an, der eindeutig vor pauschalen Vorverurteilungen von Flüchtlingen warnt. Das sollte an der Stelle auch in diesem Haus gesagt werden.

Meine Damen und Herren! Flüchtlingen menschenwürdig begegnen, das Asylrecht konsequent anwenden, die Kommunen auskömmlich unterstützen, die Integration nachhaltig einfordern - das sind unsere Leitprinzipien. Für die CDU war seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise klar: Diese Aufgabe lässt sich nicht allein national effektiv und dauerhaft lösen. Nur gemeinsam mit den Partnern der Europäischen Union und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung können die Flüchtlingssituation bewältigt und die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig und dauerhaft reduziert werden. Daran arbeitet die CDU auf außenpolitischer Ebene.

Innenpolitisch müssen wir nun nachdrücklich daran arbeiten, dass diejenigen, die in Deutschland Schutz suchen, lernen, unsere freiheitliche Grundordnung mit allen Rechten und Pflichten mitzutragen, unser Grundgesetz, also die in Deutschland geltenden Regeln, zu achten und einzuhalten. Die CDU hat daher bereits im letzten Jahr ein Integrationsgesetz für Brandenburg gefordert, das zum Gelingen der Integration beitragen soll. Dabei besteht Integration für uns aus Fördern und Fordern.

Ich danke der Landesregierung für den vorgelegten Bericht, den wir diskutieren. Er bietet uns wertvolle Erkenntnisse. Nicht überraschend ist natürlich, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung gestiegen ist. Allerdings ist auch ein Anstieg der brandenburgischen Bevölkerung zu verzeichnen, und zwar - was mich freut - nicht nur im Berliner Umland, sondern auch im weiteren Metropolenraum. Das führt mich zu einem Leitgedanken unserer Integrationspolitik: Es muss Chancengerechtigkeit geben - sowohl für die Flüchtlinge als auch für die einheimische Bevölkerung. Diese muss unbedingt gefördert werden. Fördermaßnahmen wie beispielsweise im Wohnungsbau, in der Kinder- und Ganztagsbetreuung und im Bereich schulische Bildung müssen wie bisher beiden Gruppen zugutekommen und natürlich dem steigenden Bedarf angepasst werden.

Kritisch anzumerken ist die unzureichende Darstellung der Zahlen unter Punkt 3: Flüchtlinge und geduldete Personen. Sie unterscheiden nicht zwischen Flüchtlingen und geduldeten Personen und führen aus, dass die Daten der Auszüge aus dem Zentralregister eben keine Aufschlüsselung zulassen. Es war aber durch eine einfache Nachfrage beispielsweise in Märkisch-Oderland möglich zu erfahren, dass dort 1 805 Flüchtlinge leben, von denen 567 geduldet, das heißt grundsätzlich ausreisepflichtig sind. Eine differenzierte Darstellung ist also durchaus möglich.

An dieser Stelle möchten wir wie schon vorgestern darauf hinweisen, dass wir uns für eine Durchsetzung des Aufenthaltsrechts, einschließlich der Ausreisepflicht, einsetzen. Mir ist bewusst, dass es dabei immer um Einzelschicksale geht und die freiwillige Ausreise immer Vorrang hat. Sie hatten unseren Entschließungsantrag abgelehnt. Ein Argument war, dass es sinnvoll sei, die Rückführung in den Händen der Kreise zu be-

lassen, da die kommunalen Ausländerbehörden einen umfassenden Überblick über die betreffenden Personen hätten und diese gut kennen würden. Dem möchte ich widersprechen. Diejenigen, die in den Kommunen einen Zugang zu den von Abschiebung betroffenen Personen haben, sind wohl eher die vielen ehrenamtlichen Helfer und vor allem die Sozialpädagogen in den Einrichtungen, also diejenigen, die mehr als acht Stunden am Tag mit den Flüchtlingen verbringen. Ich möchte den ehrenamtlich Tätigen von dieser Stelle aus noch einmal ausdrücklich Dank sagen, dass sie so viel Engagement zeigen. Dennoch: Die anhaltenden Defizite bei der Umsetzung der staatlichen Rückführungspflicht machen deutlich, dass das Land Brandenburg bei dieser Aufgabe noch Nachholbedarf hat und diese nicht effektiv ausübt.

Meine Damen und Herren, auf Bundesebene wird der Entwurf eines Integrationsgesetzes diskutiert. Ich wäre gern noch näher darauf eingegangen, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Ich denke, dass uns das zur Verfügung gestellte Datenmaterial sehr behilflich sein wird, wenn die Umsetzung des Bundesintegrationsgesetzes zur Diskussion steht und wir vielleicht auch ein Integrationsgesetz für das Land Brandenburg bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Johlige.

#### **Frau Johlige (DIE LINKE):**

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Ich danke der Landesregierung sehr für den vorgelegten Bericht. Im vergangenen Jahr lag unser Fokus ja vor allem auf den täglich ankommenden Flüchtlingen. Dabei ist Migration sehr viel mehr, und genau das macht dieser Bericht auch deutlich.

Meine Damen und Herren! Statistiken sind immer ein bisschen sperrig, und dem einen oder anderen fehlt vielleicht auch ein Stück weit die Vorstellungskraft. Deswegen habe ich mir überlegt, meine Rede heute einmal anders, das heißt praktisch zu gestalten. Stellen wir uns einfach vor: Würden das gesamte Parlament und die Regierung - ungefähr 100 Menschen - ins Verhältnis zur Brandenburger Bevölkerung gesetzt, hieße das, dass 5 von uns - also einer aus jeder Fraktion - einen Migrationshintergrund hätten. Es kann sich gern aus jeder Fraktion jemand melden. 3 von diesen 5 Personen hätten keinen deutschen Pass und genau eine Person wäre im vergangenen Jahr als Flüchtling zu uns gekommen.

Allein das zeigt, dass das Schüren von Überfremdungsängsten völlig absurd ist. Diese drei Personen ohne deutschen Pass oder der eine Flüchtling würden uns weder ihre Religion ausdrücken, sofern sie überhaupt eine haben, noch die Debatten und Themen hier völlig verändern. Im Gegenteil: Durch andere Erfahrungshorizonte würde zumindest der eine oder andere ein Stück weit bereichert werden und in dem einen oder anderen vielleicht auch ein wenig mehr Verständnis, Empathie und Solidarität wachsen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)